



**Antrag Nr. 13
der Fraktion FCG-ÖAAB
an die 179. Vollversammlung
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien**

Aussetzen der Mieterhöhungen im Gemeindebau

Die Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer fordert die Stadt Wien und insbesondere die zuständige amtsführende Stadträtin für Wohnen, Wohnbau, Stadterneuerung und Frauen auf, die anstehende Mieterhöhung für Richtwertmietzinsen in der Höhe von 8,6% sowie Kategoriemietzinsen in der Höhe von rund 5% für die Wiener Gemeindewohnungen auszusetzen.

Begründung:

Aus einer Umfrage von Integral für ImmoScout 24 geht hervor, dass 45% der befragten Österreicher:innen die aktuellen Wohnkosten aus Miete, Kreditrate und Betriebskosten als belastend und 18% sogar als sehr belastend empfinden. Damit hat sich der Wert gegenüber 2020 verdoppelt. Mehr als ein Viertel (28%) der befragten Personen gibt zwischen 30% und 50% des Haushaltsbudgets für das Wohnen aus. Bei 16% übersteigt der Wohnkostenanteil inzwischen die 50%-Marke des Haushaltsbudgets (2020: 12%). Besonders betroffen sind jene Personen, die zur Miete wohnen. 60% fühlen sich durch die Mietkosten belastet. Bewohner:innen von Gemeindewohnungen (73%; 2022: 44%) sowie Personen mit einem Einkommen bis 2.000 Euro (66%) empfinden diese Belastungen sogar noch stärker.

Für rund 100.000 Wohnungen im Gemeindebau, die unter den Richtwertmietzins fallen, steht regulär mit April eine Mieterhöhung von 8,6% an. Im Bereich der Gemeindebauten könnte die Stadt Wien selbst tätig werden und die Erhöhung als Vermieterin aussetzen, denn das zugrundeliegende Bundesgesetz normiert für die Vermieter:innen ein „Kann“, aber kein „Muss“.

Dass dies möglich ist, konnte man im Vorjahr beispielsweise in Graz (mit SPÖ-Regierungsbeteiligung) sehen, als im April auf eine Mietpreiserhöhung verzichtet wurde. Auch im SPÖ-geführten Traiskirchen wurde die Indexierung für ein Jahr ausgesetzt. Die Stadt Wien ist als kommunale Vermieterin im Rahmen ihrer sozialen Verantwortung angehalten, die Mietpreiserhöhung in den eigenen Gemeindewohnungen auszusetzen. Auch bei Kategoriemieten wird es im Juli zu einer Erhöhung von rund 5% kommen. Das wäre die vierte Anhebung innerhalb von fünfzehn Monaten.

Der angekündigte Wiener „Wohnbonus“ ist nur eine einmalige Zahlung, die nicht langfristig wirkt, um die Wiener:innen wirklich zu entlasten.

Angenommen

Zuweisung

Ablehnung

Einstimmig

Mehrheitlich